

Die internationale Sozialdemokratie im Jahre 1933

Herbert Mayer

1. Die Sozialistische Arbeiter-Internationale in den Monaten nach der „deutschen Katastrophe“

„Die Mobilisierung der indifferenten Massen in Deutschland durch die Hitler-Bewegung und die Ausnützung der Machtergreifung durch alle Methoden des Terrorismus hat nicht nur die deutsche Arbeiterbewegung, sondern auch die ganze internationale Arbeiterbewegung vor eine neue Situation und neue Probleme gestellt. Der Sieg des Faschismus in Deutschland hat die internationale Reaktion mächtig gesteigert und die Arbeiterklasse zunächst in die Defensive gedrängt. Die neue Situation erfordert die gründlichste Nachprüfung der gesamten Strategie und Taktik der internationalen Arbeiterbewegung, erfordert die rücksichtslose Klarlegung der Umstände, die zum Erfolg des Faschismus in Deutschland geführt [haben], und darf nicht zurückschrecken vor der Feststellung der Ursachen, durch die es der Arbeiterbewegung unmöglich wurde, die ihr innewohnenden Kräfte in entscheidenden Stunden zur Geltung zu bringen.“¹ Mit dieser Begründung berief die Exekutive im März 1933 für Sommer eine Konferenz der Sozialistischen Arbeiter-Internationale ein.²

Der Machtantritt des faschistischen Regimes im Januar 1933 in Deutschland und der Ausbau seines Herrschaftssystems bildeten eine schwere Niederlage für die deutsche Arbeiterbewegung und für ihre stärksten Parteien, die SPD und KPD. Beide Parteien gehörten zu den tragenden Säulen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (SAI) und der Kommunistischen Internationale (KI). Die Entwicklung in Deutschland mußte daher einschneidende Wirkungen für SAI und KI, für ihre Debatten und ihre Schlußfolgerungen über politische Ziele, Mittel und Wege haben. Im folgenden soll an einigen Eckpunkten die Entwicklung in der internationalen Sozialdemokratie skizziert werden.

Die neue internationale Situation und die wachsende Besorgnis darüber, daß mit der bisherigen Linie der sozialdemokratischen Politik Angriffe der Reaktion gegen wichtige demokratische und soziale Errungenschaften nicht abgewehrt werden könnten, führten in der SAI zu Auseinandersetzungen über Grundfragen ihrer Politik und Ideologie. Der Österreicher Oskar Pollak kennzeichnete im Februar die

1 Internationale Konferenz der SAI, in: Internationale Information für Presse Zwecke, hrsg. vom Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (Zürich), (im folgenden: Internationale Information) Nr. 18, 31.3.1933, S.151.

2 Angesichts der Weltwirtschaftskrise und ihrer Auswirkungen war bereits im Herbst 1932 eine Konferenz zu Grundfragen der sozialdemokratischen Politik vorgesehen. Drei Schwerpunkte waren als Tagesordnung vorgeschlagen: 1. „die Haltung der Arbeiterklasse im Kriegsfall“, 2. „der Weg zur Macht“, 3. „die Frage der Einheit der Arbeiterklasse“. Zum damaligen Zeitpunkt gab es sowohl über die zu behandelnden Fragen als auch über die Notwendigkeit einer Konferenz erhebliche Differenzen. So wollte der SPD-Vorstand, namentlich Otto Wels, daß das Thema „Einheit der Arbeiterklasse“ nicht diskutiert werde.

Situation in der internationalen Sozialdemokratie wie folgt: „Unzufriedenheit mit der Führung, verstärktes Bedürfnis nach Diskussion und gesteigertes Verlangen nach Wiederherstellung der Einigkeit des Proletariats.“³

1.1. Die internationale Sozialdemokratie und Deutschland nach dem Machtantritt der Hitlerregierung und die Aktionseinheit mit den Kommunisten

Als die NSDAP am 30. Januar 1933 an die Macht gelangte, war nicht abzuschätzen, wie lange sich ihre Regierung überhaupt halten würde. Auch Ausmaß und Methoden des Terrors durch das Regime waren nicht vorauszusehen. Die SPD-Führung vertrat die Auffassung, die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler sei im Rahmen der Weimarer Verfassung erfolgt, seine Regierung sei „verfassungsmäßig“ und „parlamentarisch fundiert“.⁴ Es käme darauf an, so Rudolf Breitscheid am 31. Januar, „für den Augenblick dieses Verfassungsbruchs gerüstet zu sein“, denn „bereit sein ist alles“.⁵ In diesem Sinne hatten SPD-Parteivorstand und Reichstagsfraktion am 30. Januar einen legalistischen Kurs des Abwartens und Stillhaltens begründet. Er fand zunächst die Unterstützung durch die SAI. Am 8. Februar verbreitete das SAI-Sekretariat einen Beitrag, der in der Haltung der SPD die Gewähr sah „daß die Arbeiterklasse ganz Deutschlands die Gefahren der neuen Situation erkennt, alles einsetzt, um sie abzuwehren“.⁶ Verbunden damit waren illusionäre Erwartungen in die Reichstagswahlen am 5. März, die die SAI-Presse zunächst in den Mittelpunkt ihrer Berichterstattung über Deutschland stellte. Sie hoffte: „Vom einfachen Mitglied bis zum bekanntesten Funktionär steht die Gesamtpartei zum entscheidenden Kampfe bereit.“⁷

Am 18./19. Februar 1933 befaßte sich das SAI-Büro mit der internationalen Lage. In der Resolution „An die Arbeiter der ganzen Welt“⁸ nahm die SAI erstmals offiziell zur Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland Stellung. In diesem „Augenblick höchster Gefahr für die Arbeiterklasse, für Freiheit und Frieden, für die menschliche Kultur“ befürchtete die SAI-Führung, daß die Festigung der faschistischen Macht in Deutschland „das Proletariat in ganz Mitteleuropa in schwerste Gefahr“ bringt und „die Reaktion in der ganzen Welt ermutigt, die sozialen Errungenschaften der Arbeiterklasse anzugreifen“. Hitler wurde als Verbündeter „der großkapitalistischen und der feudalen Reaktion“ charakterisiert. Die SAI verurteilte den Faschismus wegen seiner Demokratiefeindlichkeit und der von ihm ausgehenden Kriegsfahrer deutlich. Durch das Vordringen des Faschismus kämen nationalistisch-militaristische Kräfte an die Macht, die offenen oder verhüllten faschistischen Diktaturen seien alle bereit, „die Gewalt, auf die sie sich im Innern des Landes stützen, auch nach außen zu kehren und Europa neuerdings in

3 Oskar Pollak: Was tun?, in: Der Kampf (Wien) 1933, H. 2, S.43.

4 Siehe z. B. Vorwärts (Berlin), 2.2., 3.2., 7.2.1933.

5 Rudolf Breitscheid: Bereit sein ist alles. Rede des Genossen Breitscheid, Berlin 1933, S.10.

6 Die deutsche Sozialdemokratie und die Regierung Hitler-Papen, in: Internationale Information, Nr. 5, 8.2.1933, S.54.

7 Vorbereitungen zum deutschen Wahlgang, in: Internationale Information; Nr. 7, 18.2.1933, S.69.

8 An die Arbeiter der ganzen Welt, in: Internationale Information, Nr. 8, 20.2.1933, S.78-80. Zitate ebenda.

ein Schlachtfeld zu verwandeln.“ Weiter hieß es: „Verantwortlich für die furchtbaren Gefahren, die der Freiheit und dem Frieden drohen, sind die herrschenden Klassen aller Länder.“

Das SAI-Büro solidarisierte sich mit der deutschen Arbeiterklasse und forderte die Arbeiter aller Länder auf, diese zu unterstützen. Es betonte ausdrücklich, „daß der Bruderkrieg des Proletariats die tiefste Ursache seiner Schwächung und damit der stärkste Bundesgenosse des Faschismus ist“, daher die „einheitliche Aktion der gesamten Arbeiterklasse auf Grund offener und ehrlicher Verständigung“ notwendig sei. Die Arbeiter Deutschlands und aller Länder wurden angesichts der „tragischen Gefahren“ aufgefordert, „die gegenseitigen Angriffe einzustellen und zusammen gegen den Faschismus zu kämpfen“. Die SAI bekundete damit erstmals in ihrer Geschichte die Bereitschaft, mit der Komintern über eine Aktionsgemeinschaft zu verhandeln und einen Nichtangriffspakt abzuschließen. Dies war ein Fortschritt in der Politik der SAI, der reale Anknüpfungspunkte für die Aktionseinheit bot.⁹ Zugleich behauptete die SAI, „stets die Überwindung der Spaltung, die Einigung des Proletariats als die entscheidende Voraussetzung der vollen Entfaltung proletarischer Kraft angesehen“ zu haben, was de facto der von ihrer Führung praktizierten Politik widersprach. Zudem wurde die Einheitsfrontpolitik der KI weiterhin als „Manöver“ abgelehnt.

Das Exekutivkomitee der KI (EKKI) antwortete am 5. März 1933 auf den Aufruf der SAI inflexibel und hinsichtlich der deutschen Reichstagswahl, die am gleichen Tag stattfand, zu spät. Das EKKI schlug ultimativ „als letzten Versuch“ eine Zusammenarbeit der Parteien auf Länderebene vor.¹⁰ Die KI berücksichtigte damit zwar die unterschiedliche Lage und unterschiedliche Positionen der sozialdemokratischen Parteien in den einzelnen Ländern und erklärte sich auch bereit, ihre Angriffe auf die Sozialdemokratie einzustellen und einen Nichtangriffspakt abzuschließen. Doch die von der SAI geforderte Zusammenarbeit zwischen beiden Internationalen lehnte sie ab.¹¹ Zudem unterstellte die KI von vornherein der SAI mangelnde Aufrichtigkeit, ohne die Möglichkeiten des Aufrufs auszuloten.¹²

9 Kontakte zur KI kamen für die Leitungsgremien der SAI bis dahin nicht in Betracht. Sie sahen vielmehr ihre Aufgabe darin, deren Angebote um die Aktionseinheit als „Einheitsfrontschwindel“ aufzudecken. Die sozialdemokratische Auffassung von der Einheit des Proletariats wurde - wie im Memorandum der Exekutive „Über die Einheit der Arbeiterklasse“ von 1926 - als organisatorische Vereinigung unter eigener Oberhoheit verstanden. Fehler in der Einheitsfrontpolitik der Komintern hatten die SAI-Führung in ihrer Position bestärkt.

10 Siehe Für die Einheitsfront des Proletariats. Aufruf des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, in: Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung (Basel), Nr. 4, 11.3.1933, S.91f.

11 Ein Jahr später, im Oktober 1934, sollten die Rollen vertauscht werden: Die SAI gestand ihren Parteien eine Zusammenarbeit auf nationaler Ebene zu, die Komintern machte hingegen die Aktionseinheit zwischen den Parteien von einer Übereinkunft der beiden Internationalen abhängig.

12 Entsprechend der Empfehlung des EKKI wandten sich unmittelbar nach dem 5. März mehrere kommunistische Parteien, u. a. die Frankreichs, der Schweiz, Polens, Großbritanniens, der Tschechoslowakei, Österreichs, Deutschlands, Spaniens und der USA, zum Teil mehrmals, an die Führungen der sozialdemokratischen Parteien mit dem Vorschlag der Aktionseinheit.

Bereits am 6. März reagierte die Geschäftskommission der SAI auf den Aufruf des EKKI.¹³ Sie erkannte das Verhandlungsangebot der Kommunisten prinzipiell als „einen Schritt vorwärts“ an, da die KI nun erstmals „die Bereitwilligkeit zu Verhandlungen der Parteien als solcher auf dem Boden der Gleichberechtigung ausspricht“, und auch „die Einstellung der Angriffe gegen die sozialistischen Organisationen ins Auge faßt“. Da die Komintern sich nicht zu Verhandlungen der Internationalen bereit erklärt habe, sah die Kommission in den Vorschlägen der KI „Manöver“, die zur „Vergiftung der Situation“ und zur „Steigerung anstatt zur Verminderung des Mißtrauens in der Arbeiterbewegung“ führen. Die Parteien der SAI wurden aufgefordert, nicht auf Angebote kommunistischer Parteien einzugehen, bevor die Exekutive Stellung genommen habe.

Die Exekutive und das Büro der SAI befaßten sich am 18./19. März bzw. am 27. März mit der Problematik. Die Resolution „Die Einheit der Arbeiterbewegung“¹⁴ verstärkte die abweisende Haltung der Geschäftskommission. Direkte Verhandlungen zwischen beiden Internationalen wurden als Vorbedingung jeglicher gemeinsamer Aktion „zur Verteidigung gegen den Faschismus und die kapitalistische Reaktion“ gestellt. Der KI warf die SAI-Führung vor, auf das Hauptproblem, einen „Nichtangriffspakt“ zwischen SAI und KI, nicht eingegangen zu sein, und - noch bevor es zu Verhandlungen gekommen wäre - „Bedingungen unter der Formulierung von Beschimpfungen der sozialistischen Parteien“ fixiert zu haben. Sie habe auch zu spät, erst am 5. März, reagiert, „in einem Zeitpunkt, da die Entscheidung in Deutschland schon gefallen war“. Exekutive und Büro untersagten den Mitgliedsparteien der SAI, Abkommen mit kommunistischen Parteien zu schließen. Mit Berufung auf diese Beschlüsse lehnten in den folgenden Wochen alle Parteien der SAI mit Ausnahme der britischen Independent Labour Party (ILP), die aber im April den Austritt aus der SAI beschloß, Angebote kommunistischer Parteien zum gemeinsamen antifaschistischen Kampf ab. Dennoch gehörte die Aktionseinheit zu den Hauptfragen vieler Parteitage sozialdemokratischer Parteien, die im Frühjahr 1933 stattfanden, da ein beträchtlicher Teil der sozialdemokratischen Mitgliedschaft ein Zusammenwirken mit den Kommunisten befürwortete.¹⁵

Einflußreiche Kräfte in der SAI orientierten dagegen in den Monaten nach Errichtung der Hitlerdiktatur in Deutschland weiterhin darauf, Faschismus und Kommunismus gleichermaßen zu bekämpfen, und machten die Kommunisten für die Spaltung der Arbeiterklasse und für die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung verantwortlich. Sie teilten die Auffassung von Friedrich Stampfer,

13 Siehe Zum Aufruf der Kommunistischen Internationale, in: Internationale Information, Nr. 12, 6.3.1933, S.104, Zitate ebenda. Zur Geschäftskommission gehörten der Vorsitzende der SAI, der Belgier Émile Vandervelde, der Sekretär der Exekutive, der Österreicher Friedrich Adler, der Schatzmeister, der Belgier Joseph van Roosbroeck, sowie der Schweizer Robert Grimm (die Exekutive hatte in Zürich ihren Sitz). Die Funktion der Kommission beschränkte sich eigentlich auf organisatorische Aufgaben.

14 Siehe Die Einheit der Arbeiterbewegung, in: Internationale Information, Nr. 18, 31.3.1933, S.150. Die Beschlüsse der Sitzungen von Exekutive und Büro wurden zusammen am 31.3.1933 veröffentlicht; die Exekutive hatte das Büro ermächtigt, ihre Resolutionen zu redigieren.

15 Z.B. erhielt auf dem Parteitag der Belgischen Arbeiterpartei im Mai ein Antrag zur Einheitsfront 30 Prozent der Stimmen.

der in der „Internationalen Information“ schrieb, daß die Politik der Kommunisten ein „einzigster Fehler, ein einziges Verhängnis für die Arbeiterklasse“¹⁶ war. Wiederholt veröffentlichte die sozialdemokratische Presse Stellungnahmen von Parteiführern, die Sozialdemokratie müsse den „Kampf gegen rechts wie gegen links, gegen Faschismus wie gegen Kommunismus“¹⁷ führen. Mit der gleichen Begründung lehnten unter anderem die Führungen der Labour Party und der sozialdemokratischen Parteien Skandinaviens eine Aktionseinheit mit Kommunisten ab. Sektiererische wie dogmatische Positionen der Komintern, insbesondere die Sozialfaschismusthese, begünstigten und reproduzierten solche Frontstellungen.

1.2. Differenzen zwischen SPD und SAI

Die Reichstagswahl am 5. März in Deutschland hatte in einer Atmosphäre zunehmenden Terrors nicht nur gegen die KPD, sondern gegen alle Kräfte der Arbeiterbewegung stattgefunden. Dennoch hatten die KPD 81 Mandate - die bald annulliert wurden und die SPD 120 Mandate errungen. Die NSDAP wurde mit 288 Mandaten stärkste Partei, verfügte aber nicht über die absolute Mehrheit. Die SAI-Presse wertete das Ergebnis dahingehend, daß es „keinen Grund zur Mutlosigkeit“ gebe.¹⁸ Die SPD-Führung erwartete von der neuen Regierung: „Sie brauchen nur eine legale Regierung zu sein, dann sind wir ganz selbstverständlich auch eine legale Opposition.“¹⁹ Der Parteivorsitzende Otto Wels appellierte am 23. März, als die 94 anwesenden SPD-Abgeordneten - gegen das Ermächtigungsgesetz stimmten, an Hitler: „Die Wahlen vom 5. März haben den Regierungsparteien die Mehrheit gebracht und damit die Möglichkeit gegeben, streng nach Wortlaut und Sinn der Verfassung zu regieren.“²⁰ Doch griffen in der SPD seit März/April verstärkt Auflösungserscheinungen um sich, der NS-Terror richtete sich immer stärker gegen sie, sozialdemokratische Abgeordnete waren in Haft, sozialdemokratische Organisationen wurden verboten, die sozialdemokratische Presse durfte nicht erscheinen. Die Verbindung der Mitglieder und unteren Organisationseinheiten zu den übergeordneten Vorständen war zerstört, die innerparteiliche Kommunikation zerriß, das sozialdemokratische Organisationsleben kam zunehmend zum Erliegen. Zur gleichen Zeit verstärkten sich Bestrebungen, die Parteiorganisationen und ihre Arbeit auf die Illegalität vorzubereiten. Das geriet in Widerspruch zur Legalitäts-Linie der SPD-Führung, die weiterhin glaubte, daß der Partei kein Verbot drohe.

Die SAI verurteilte in ihren Publikationen, vor allem in der „Internationalen Information“ und in den „Mitteilungen über die Lage der politischen Gefangenen“, in zahlreichen Berichten und Artikeln den Terror in Deutschland und bekundete ihre Solidarität mit der deutschen Arbeiterklasse. Sie rief, auch gemeinsam mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB), zur materiellen Hilfe für die Opfer des

16 Friedrich Stampfer: Am Tage zuvor, in: Internationale Information, Nr. 13, 11.3.1933, S.106.

17 Internationale Information, Nr. 20, 8.4.1933, S.159.

18 Es lebe die deutsche Arbeiterklasse, in: Internationale Information, Nr. 12, 6.3.1933, S.103.

19 Friedrich Stampfer: Ein Ruhmestag der Partei. Der 5. März und seine Lehren, in: Internationale Information, Nr. 14, 11.3.1933, S.113.

20 Verhandlungen des Reichstags. VIII. Wahlperiode 1933. Bd. 457, Berlin 1934, S.33.

deutschen Faschismus aufgerufen.²¹ Am 4. März nannte die Geschäftskommission in einem Aufruf, der sich vor allem mit dem Reichstagsbrand und dem folgenden Terror gegen die Arbeiterbewegung befaßte, als „dringendste internationale Pflicht“, die Wahrheit über Deutschland im Ausland zu verbreiten.²² Die Exekutive verabschiedete auf ihrer Sitzung am 18./19. März - an deren Tagung SPD-Vertreter nicht teilnahmen - auch die Resolution „Kampf dem Faschismus. Hoch die internationale Solidarität“, in der sie den Terror des Naziregimes anprangerte und entschieden verurteilte.²³ Unter anderem hieß es: „Über hundert kommunistische und sozialdemokratische Abgeordnete hat die Regierung Hitler vom Reichstag ferngehalten, indem sie sie ins Gefängnis setzte oder durch Drohung terrorisierte. Die ganze kommunistische Wählerschaft, nahezu fünf Millionen Wähler, wurden ihrer Mandatare beraubt. Schon durch diese Tatsache sind die Rechtsgrundlagen des demokratischen Parlamentarismus vergewaltigt.“ Als „Lehre der deutschen Ereignisse“ wurde für die Arbeiter „in den Ländern der Demokratie“ gezogen, „die Freiheitsrechte mit allen Mitteln zu verteidigen“, und überall „dem Nationalismus und dem Faschismus keinerlei Konzessionen zu machen, gegen sie und die durch sie hervorgerufenen Kriegsgefahren“ alle Kräfte zu mobilisieren.

Hatte die SAI-Führung zunächst den Legalitätskurs der SPD-Führung akzeptiert, so geriet die Politik der SPD, durch Anpassung von der Regierung ihre Duldung zu erkaufen, in der Internationale immer mehr in Mißkredit. Nun kam es zum offenen Konflikt. Auf Unverständnis stieß in der SAI, daß Wels in seiner Rede am 23. März - bei der Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes - auf Distanz zur kritischen Berichterstattung der ausländischen sozialdemokratischen Presse über die Lage in Deutschland gegangen war. Als Göring erpresserisch als Voraussetzung für die Wiederzulassung der SPD-Presse forderte, daß „die Hetze in den sozialdemokratischen Blättern des Auslands“ aufhöre, intervenierten Ende März führende SPD-Politiker - die Mitglieder des Reichstags Paul Hertz, Emil Kirschmann, Friedrich Stampfer, Otto Wels sowie der Vorwärts-Redakteur Victor Schiff - bei sozialdemokratischen Parteien des Auslands, um auf deren Berichterstattung über Deutschland einzuwirken.²⁴

Das SAI-Büro redigierte am 27. März die Resolutionen der Exekutive entsprechend den Wünschen des SPD-Vorstands, „um in der Form soweit als irgend möglich alles zu vermeiden, was von der Reaktion in Deutschland als Vorwand zu neuen Verfolgungen“ dienen könnte. Am 28. März erschien im Sekretariat der SAI in Zürich der Parteivorsitzende der SPD Otto Wels und erhob „die kategorische Forderung“, die Beschlüsse der Exekutive und des Büros nicht zu veröffentlichen.²⁵ Insbesondere war die SPD-Führung nicht bereit, das Verhandlungsangebot der SAI an die KI zu

21 Siehe z.B. Hilfe für deutsche Arbeiter, in: Internationale Information, Nr. 22, 24.4.1933, S.177.

22 Siehe Die dringendste internationale Pflicht: Verbreitung der Wahrheit über Deutschland, in: Internationale Information, Nr. 11, 4.3.1933, S.101f.

23 Siehe Kampf dem Faschismus. Hoch die internationale Solidarität, in: Internationale Information, Nr. 18, 31.3.1933, S.148f., die folgenden Zitate S.149.

24 Siehe dazu Antwort an Herrn Göring, in: Internationale Information, Nr. 18, 31.3.1933, S.151.

25 An die Mitglieder der Exekutive der SAI, Zirkularschreiben C 44/33, 31.3.1933, in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR - Bundesarchiv (Berlin) (SAPMO-BArch), RY 4/I 6/2/51, Bl. 1f., hier Bl. 1.

tolerieren.²⁶ Die zweite Resolution, durch die Wels die SPD gefährdet sah, war die Erklärung „Kampf dem Faschismus“.

Diese Forderungen von Wels waren für die SAI nicht akzeptierbar.²⁷ Sie lehnte es ab, „ihre Presse der Zensur der Herren Hitler und Göring zu unterwerfen. Sie wird weiterhin Taten der Gewalt und Willkür brandmarken, die den Grundlagen jedes zivilisierten Regierungssystems widersprechen.“²⁸ Die SAI sah es als ihre Pflicht an, „mit aller Klarheit die Wahrheit über Deutschland“ zu verbreiten.²⁹ Am 30. März trat Wels daraufhin demonstrativ aus dem Büro der SAI aus.³⁰ Er begründete dies damit, daß Exekutive bzw. Büro der SAI Beschlüsse in Abwesenheit deutscher Vertreter gefaßt hätten. Die SPD wäre „gegen jede wie auch immer geartete Kundgebung in der Einheitsfront mit den Kommunisten“.

Am 26. April 1933 bekräftigte eine Reichskonferenz der SPD in Berlin sowohl die Opposition zum Hitlerregime als auch den Legalitätskurs der Partei: „Durch unerschütterliches Festhalten an ihren Grundsätzen und Ausnutzung der gegebenen gesetzlichen Möglichkeiten in ihrer Betätigung dient die Sozialdemokratische Partei Deutschlands der Nation und dem Sozialismus.“³¹ Der neugewählte Vorstand beschloß am 4. Mai, daß sechs seiner Mitglieder eine Auslandsführung aufbauen sollten. Diese forderte von der Fraktion der SPD, nicht an der Reichstagsitzung am 17. Mai teilzunehmen. Als dennoch 63 Abgeordnete - ohne eine eigene Stellungnahme abgeben zu können - an dieser Sitzung teilnahmen und der außenpolitischen Erklärung Hitlers zustimmten, wurden nicht nur Differenzen in der SPD deutlich,³² sondern stieß dies auch in der SAI auf harsche Kritik.³³ „Die Haltung der Reichstagsfraktion vom 17. Mai“, teilte das holländische Büromitglied in einem vertraulichen Bericht über die Bürotagung der SAI vom 18. Mai an seine Partei mit, „hat bei allen Mitgliedern große Bestürzung ausgelöst“.³⁴ Zwar könne die Haltung nicht endgültig beurteilt werden, es wäre „aber nicht zu bezweifeln, daß sie auf die

26 Andere Parteiführungen - z.B. in Dänemark, Schweden oder Großbritannien - die ein Zusammenwirken mit kommunistischen Parteien in ihren Ländern ebenfalls prinzipiell ablehnten, hatten angesichts der Situation innerhalb der internationalen Arbeiterbewegung und der internationalen Lage das Angebot der SAI an die KI zumindest geduldet und nicht verhindert.

27 An die Mitglieder der Exekutive der SAI, Zirkularschreiben C 44/33, Bl.1f.; Austritt von Wels aus dem Büro der SAI, in: Internationale Information, Nr. 19, 1.4.1933, S.152-154.

28 Antwort an Herrn Göring.

29 Austritt, S.154.

30 Siehe ebenda, S.152-154.

31 Die Verhandlungen der Reichskonferenz der Deutschen Sozialdemokratie, in: Internationale Information, Nr. 24, 6.5.1933, S.197-200, hier S.200.

32 Von 120 gewählten Abgeordneten konnte damit nur etwas mehr als die Hälfte teilnehmen, die anderen waren bereits verhaftet oder mußten emigrieren. Die Vorstandsmitglieder im Ausland waren gegen eine Teilnahme an der Sitzung.

33 Siehe z.B. Die Internationale und das dritte Reich, in: Dokumente und Diskussionen. Archivbeilage der „Internationalen Information“, Nr. 6, 7.6.1933, S.24f.; siehe auch Die Hauptaufgabe, in: Ebenda, Nr. 7, 24.6.1933, S.30. Stampfer hatte in der „Internationalen Information“ am 29. Mai das Verhalten der Abgeordneten zu erklären gesucht, der Artikel war mit dem Titel versehen „Schlagt sie nicht!“ (Internationale Information, Nr. 29, 29.5.1933, S.246f.).

34 Vergaderingen van de SAI op 18,19, 20 en 21 Mai 1933 te Parijs, Kort verslag van J.W. Albarda, in: (ehemals) Komitet Centralny Polskiej Zjednoczonej Partii Robotniczej, Centralne Archiwum Warschau (im folgenden: KC PZPR, CA), 150/IV/40, Bl.20-22, hier Bl.20.

Arbeiter der ganzen Welt einen schlechten Eindruck gemacht hat. Verschiedene Mitglieder sprachen von einem zweiten '4. August 1914'.³⁵ Das SAI-Büro erklärte in einem Beschluß, das Verhalten dieses Teils der SPD-Fraktion widerspreche den Prinzipien der SAI, es forderte von allen Parteien, „jede Wiederaufrüstung Deutschlands und die gesamte auswärtige Politik des deutschen Faschismus zu bekämpfen“. Zugleich hoffte es, daß die vorbehaltlose Zustimmung zur Regierungserklärung, „nicht die wahre Überzeugung der deutschen Arbeiterklasse ausdrückt“.³⁶

Wels zog noch am 17. Mai 1933 seinen Austritt aus dem Büro der SAI zurück. Erstaunlich, seine Begründung, die „Periode, wo wir hoffen konnten, durch die Ausschaltung von Vorwänden für Gewaltmaßnahmen etwas zu retten, ist vorüber“³⁷, wurde akzeptiert. Die im Exil wirkende SPD-Führung (SOPADE) beschloß, den Übergang der Partei in die Illegalität vorzubereiten.³⁸ „Wir sind der Überzeugung, daß die Partei nicht länger im Stadium des Zögerns und Stillhaltens verharren darf, wenn sie nicht der Vernichtung ihrer organisatorischen Grundlagen durch den Faschismus ihre politische Abdankung im Bewußtsein der Arbeiter und der Weltöffentlichkeit folgen und den Kampf gegen den Faschismus ausschließlich den Kommunisten überlassen will.“³⁹

Der Konflikt zwischen den in Deutschland verbliebenen Führern der SPD um Paul Löbe und der SOPADE erledigte sich am 22. Juni, als die Partei verboten und - im Prinzip widerstandslos - in die Illegalität gedrängt wurde. Adler wertete am 10. Juni in der „Internationalen Information“ alle Anpassungsversuche in Deutschland als „Wahnsinnstaktik“, die Hitler Hilfestellung leisteten und das Vertrauen der Arbeiter in die SPD erschütterten.⁴⁰ Wenig später beschönigte der Bericht der SAI-Exekutive über die Zeit von Mai 1932 bis August 1933 den Anpassungskurs der SPD mit den Worten: „Die Erkenntnis, daß die Hitlerpartei in ihrem Vernichtungswillen gegen die anderen politischen Parteien und insbesondere gegen die Sozialdemokratie bis ans Ende gehen werde, reifte in Deutschland viel langsamer als bei den

35 Ebenda.

36 Sitzung des Büros der SAI, in: Internationale Information, Nr. 28, 27.5.1933, S.237.

37 Otto Wels an das Büro der SAI, in: Internationale Information, Nr. 32, 10.6.1933, S.282.

38 Sie beschloß am 21. Mai, daß alle Mandate der SPD im Reichstag und im Preussischen Landtag niedergelegt werden, der Vorstand seinen Sitz von Berlin nach Prag verlegt und einen Aufruf gegen die Hitlerregierung veröffentlicht. Die Parteiarbeit in Deutschland sollte unter Leitung von Erich Rinner und Max Westphal neu organisiert werden. Das lehnten die Mitglieder des Vorstands sowie die Landtags- und Reichstagsfraktion in Berlin mehrheitlich ab, wodurch es zum offenen Konflikt zwischen SOPADE und der Berliner Gruppe um Paul Löbe kam. Am 18. Juni gab der Exilvorstand in Prag die erste Nummer des „Neuen Vorwärts“ heraus und veröffentlichte den Aufruf „Zerbrecht die Ketten!“. Die in Berlin verbliebene Gruppe distanzierte sich von den emigrierten Führern und deren Aufruf, sprach dem Prager Vorstand jede Legitimation ab und ließ am 19. Juni einen neuen Parteivorstand wählen. Dieser Vorstand habe die alleinige Führung der Partei, vom Ausland könnten keine Erklärungen für die Partei abgegeben werden.

39 Zitiert nach Memorandum des Prager Parteivorstandes für die Gruppenvertrauensleute im Reich, 3. Juni 1933, in: Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstandes der deutschen Sozialdemokratie 1932/33, hrsg. und bearbeitet von Hagen Schulze, Bonn-Bad Godesberg 1975, S.183.

40 Siehe Friedrich Adler: Die Aufgaben der Emigration in vergewaltigter Partei, in: Internationale Information, Nr. 32, 10.6.1933, S.275-280.

sozialistischen Parteien der anderen Länder und bei den deutschen Genossen, die die Ereignisse vom Ausland her beobachten konnten.⁴¹

Das Büro der SAI befaßte sich am 18. Mai des weiteren mit der Aktionseinheit und an den folgenden Tagen - gemeinsam mit dem Büro des IGB - mit einem Wirtschaftsboykott Deutschlands. Zu einem Boykott bestanden in der SAI-Führung unterschiedliche Auffassungen. Johan W. Albarda argumentierte, man dürfe nicht bei Resolutionen verbleiben, sondern müsse zu Taten aufrufen. Er wurde unterstützt von Émile Vandervelde, Frantisek Soukop und William Gillies. Hingegen wandten sich Rafael Abramowitsch, Otto Bauer und Alexandre Bracke gegen einen solchen Boykott, da unter ihm nur die Arbeiterklasse zu leiden hätte und er Hitler eine neue Handhabe gegen die Arbeiterbewegung geben würde. Schließlich einigten sich die Büros darauf, die in einigen Ländern bereits begonnenen Boykottaktionen zu unterstützen, ohne selbst initiativ zu werden.

Auf der Bürositzung der SAI informierte Adler über ein Angebot von Henri Barbusse, Verhandlungen zwischen SAI und KI zu vermitteln. Die meisten SAI-Führer lehnten das ab und vertraten die Auffassung, daß die KI sich direkt an die SAI-Exekutive wenden müsse. Während Albarda sich deutlich vom Februar-Aufruf des Büros distanzierte und verlangte, „mit den Einladungen an Moskau ein Ende zu machen“, vertrat Adler die Auffassung, daß die SAI „nicht apodiktisch eine Annäherung an Moskau ablehnen sollte, da die Ereignisse in Deutschland das Vertrauen in die Demokratie erschüttert haben“.⁴² Zugleich lehnte das Büro eine Teilnahme der SAI am einberufenen internationalen Antifaschistischen Kongreß⁴³ ab und empfahl ihren Parteien; nicht teilzunehmen, da sich dieser Kongreß sich nicht nur gegen den Faschismus richte, sondern auch zu Angriffen auf die Sozialdemokratie diene.⁴⁴

Die führenden Kräfte der SAI prangerten in den Monaten nach dem Januar 1933 den Terror des deutschen Faschismus an und waren bestürzt über den Zusammenbruch der SPD. Zugleich vermochten sie noch nicht, Schlußfolgerungen für ihre Politik zu ziehen. Vielmehr hatten die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung und die damit verbundenen Auseinandersetzungen in der SAI zu unterschiedlichen Auffassungen geführt. Die Situation, in der die vorgesehene Konferenz der SAI stattfand, charakterisierte Adler wie folgt: „Nach dem großen Zusammenbruch der Arbeiterbewegung in Deutschland haben wir mit dem größten Ernst zu untersuchen, was in der Zukunft werden soll. Alle Probleme der Arbeiterbewegung sind durch den Sieg des Faschismus in Deutschland neu gestellt. Der Weg, den die Arbeiterklasse zu gehen hat, die Möglichkeiten des proletarischen Klassenkampfes müssen von Grund auf neu untersucht werden.“⁴⁵

41 Bericht des Sekretariats der SAI über die Periode vom 20. Mai 1932 bis Anfang August 1933, in: Dokumente und Diskussionen, Nr. 9, 21.8.1933, S.39.

42 Vergaderingen van de SAI, Bl. 21f.

43 Der Antifaschistische Arbeiterkongreß fand vom 4. bis 6. Juni 1933 im Pariser Pleyel-Saal statt und wurde zum Ausgangspunkt der Amsterdam-Pleyel-Bewegung. Sozialdemokraten aus mehreren Ländern beteiligten sich an nationalen Komitees, am Kongreß selbst nahmen etwa 200 Sozialdemokraten teil.

44 Siehe Sitzung des Büros der SAI, in: Internationale Information, Nr. 28, 27.5.1933, S.238.

45 Adler, Die Aufgaben der Emigration, S.280.

2. Die Pariser Konferenz der SAI und die Debatte um die Konsequenzen aus der deutschen Niederlage

An der Konferenz der SAI vom 21. bis 25. August 1933 in Paris nahmen nach offiziellen Angaben 142 Delegierte von 36 Parteien und Vertreter weiterer sozialdemokratischer Organisationen teil.⁴⁶ Sie hatte einen einzigen Tagesordnungspunkt: „Die Strategie und Taktik der internationalen Arbeiterbewegung in der Zeit der faschistischen Reaktion“.⁴⁷ Im Unterschied zu früheren Kongressen tagte die SAI unter Ausschluß der Öffentlichkeit, auch war die Zahl der Delegierten beschränkt, obwohl einige Persönlichkeiten und Parteien eine möglichst breite Öffentlichkeit und Diskussion gefordert hatten.⁴⁸ Das Hauptreferat hielt der Sekretär der SAI Friedrich Adler. Den Bericht der Resolutionskommission gab gegen Ende der Konferenz der Österreicher Otto Bauer, das Schlußwort hielt der SAI-Vorsitzende Émile Vandervelde. Insgesamt ergriffen 34 Redner von 22 Parteien das Wort. Angesichts der in und zwischen den Parteien bestehenden Differenzen sprachen die meisten Redner nicht im Auftrag ihrer Parteien, sondern nur im eigenen Namen. Selbst Adler betonte, daß er nur seine persönliche Meinung darlege. Die Situation in der internationalen Sozialdemokratie wurde dadurch verdeutlicht, daß der Pole Wiktor Alter, Otto Bauer, der Franzose Léon Blum, der Schweizer Robert Grimm und der Amerikaner Maynard C. Krueger mit Besorgnis von einer tiefen Erschütterung und Schwäche der SAI sprachen, von einer Vertrauenskrise der

46 Vertreten waren Mitgliedsparteien aus Argentinien, Belgien, Bulgarien, China, Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Palästina, Polen, Rumänien, Schweden, der Schweiz, Spanien, der Tschechoslowakei, Ungarn, den USA sowie die Exilparteien aus der Sowjetunion (Menschewiki, Sozialrevolutionäre, aus Armenien, Georgien und der Ukraine). An der Konferenz nahmen des weiteren Delegierte der Sozialistischen Jugend-Internationale und des Internationalen Sozialistischen Frauenkomitees sowie Gastdelegierte der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale, der Sozialistischen Erziehungernationalen, der Arbeiterradio-Internationale und des Internationalen Gewerkschaftsbundes teil. Ein Teil der genannten Organisationen war außerdem durch Gäste vertreten. Der SPD-Vorstand hätte 9 Delegierte entsenden können, delegierte aber nur Siegfried Aufhäuser, Karl Böchel, Erich Ollenhauer, Friedrich Stampfer und Otto Wels. Ohne Delegiertenmandat nahmen als Gäste von seiten der SPD noch Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding teil; zwei Frauen, Maria Juchacz und Tony Sender, waren Delegierte des Internationalen Sozialistischen Frauenkomitees; Erich Ollenhauer verfügte außerdem über ein Mandat der Sozialistischen Jugendinternationale.

47 Zur Konferenz siehe Protokoll. Internationale Konferenz der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Paris, Maison de la Mutualité, 21.-25. August 1933, o.O.o.J. Dieses Protokoll mit den vollständigen Reden und den zur Abstimmung gestellten bzw. angenommenen Beschlüssen erschien nur hektographiert und in einer beschränkten Anzahl für Archivzwecke (der in den 70er Jahren erstellte Nachdruck „Kongress-Protokolle der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Bd. 5, Glashütten im Taunus 1976“ stimmt mit dem Original nicht überein). In deutscher Übersetzung hatte die SAI die Reden nur gekürzt in der „Internationalen Information“, 42-49/1933, abgedruckt, die angenommenen Beschlüsse wurden auch im „Bulletin der Sozialistischen Arbeiter-Internationale“, Serie 3, Nr. 5, Zürich 1933, sowie zusammen mit der Rede Bauers in der Broschüre „Nach der deutschen Katastrophe. Die Beschlüsse der Internationalen Konferenz der SAI in Paris, August 1933“, Zürich 1933, veröffentlicht. Im folgenden werden die Reden nach dem (Original-)Protokoll, die gedruckt vorliegenden Beschlüsse nach dem „Bulletin“ und die Rede Bauer nach der Broschüre „Nach der deutschen Katastrophe“ zitiert.

48 Siehe Zirkularschreiben C 68/33, 31.7.1933, in: KC PZPR, CA, 150/IV/37, Bl. 15.

Massen zur Sozialdemokratie und von der Notwendigkeit, neue Wege und Methoden zu beschreiten.⁴⁹

Im Unterschied zu früheren Kongressen trat auf der Konferenz eine oppositionelle linke Minderheit mit einer eigenen Plattform und mit eigenen Resolutionsentwürfen auf.⁵⁰ Die Opposition wurde vor allem durch den polnischen „Bund“, die Mehrheit der Delegation aus den USA, einen Teil der Delegationen aus Frankreich und Italien sowie Delegierte aus Belgien und Estland repräsentiert. Sie zog aus den Ereignissen in Deutschland die Schlußfolgerung, daß die SAI ihre Politik neu orientiere müsse. Konferenzteilnehmer aus Italien, Österreich, Spanien, der Schweiz sowie Karl Böchel und Siegfried Aufhäuser von der SPD standen in Kontakt mit diesen Delegierten, bekundeten Einverständnis mit deren Auffassungen oder bezogen ähnliche Positionen, schlossen sich aber letztlich der von der Konferenzmehrheit befürworteten Resolution an.

Die Konferenzmehrheit, jene Delegierten, die die Hauptresolution unterstützten, bildete keine in sich homogene Gruppe. Ihren Kern stellten die abgestimmt und organisiert vorgehenden Vertreter der britischen, schwedischen, dänischen, tschechoslowakischen und niederländischen Delegation sowie die Gruppe Renaudel-Marquet in der Section Francaise de l' Internationale Ouvriere (SFIO), die Mehrheit der SPD-Delegation und sozialdemokratische Exilgruppen aus der Sowjetunion. Ihre Position war dadurch charakterisiert, daß sie sich entschieden gegen eine Neuorientierung der SAI in Richtung eines gemeinsamen antifaschistischen Kampfes mit den Kommunisten wandten. Zur Konferenzmehrheit zählten auch Delegierte, die versuchten, die Gegensätze in der SAI durch Kompromisse zu glätten. Das betraf insbesondere die österreichische und die belgische Delegation sowie die übrigen Teile der französischen und Schweizer Abordnung. Sie unterzogen die bisherige SAI-Politik teilweise einer kritischeren Wertung und erstrebten bestimmte Korrekturen. Insgesamt zeigten sich auf der Konferenz verschiedene Tendenzen, deren Abgrenzung nicht immer eindeutig war.

Die Auseinandersetzungen über die Ursachen für die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung dokumentierten die Schwierigkeit für die SAI, eine gründliche Analyse vorzunehmen und die notwendigen Schlußfolgerungen für den antifaschistischen Kampf zu ziehen. Wels rechtfertigte in seiner Rede die Politik der SPD von 1918 bis 1933, die Ursachen für die „deutsche Katastrophe“ sah er im Versailler Diktat und in der Politik der Westmächte nach dem Weltkrieg, in der Weltwirtschaftskrise mit ihren Auswirkungen und in der Politik der Kommunisten.⁵¹

49 Siehe z.B. Protokoll, S.7-10, 124, 185. Andere Redner, so Hugh Dalton (Großbritannien), Alsing Andersen (Dänemark) und Allan Vougt (Schweden), brachten gegenteilige Auffassungen zum Ausdruck (siehe Protokoll, S.55-61, 117f., 137).

50 Es handelte sich um Resolutionsentwürfe „zur Frage des Kampfes um die Macht“, „zur Frage der Einigkeit der Arbeiterklasse“ und „zum Krieg“; siehe *Projet de résolution sur la question de la lutte pour le pouvoir*, in: Protokoll, Anhang B, S.I-IV; *Projet de résolution sur l'unité ouvrière*, in: Protokoll, Anhang B, S.IVf.; *Projet de résolution sur la guerre*, in: Protokoll, Anhang B, S.VIf. Siehe zum Vorgehen der Opposition auch Henryk Erlich: *The Struggle for Revolutionary Socialism*, New York 1934.

51 Siehe Protokoll, S.69-77.

Die meisten Redner stimmten darin mit Wels überein.⁵² Die Parteiführer aus Schweden, Großbritannien, Dänemark, der Tschechoslowakei und auch anderen Ländern - so Leo Winter (Tschechoslowakei), Alsing Andersen (Dänemark) und Lothar Radaceanu (Rumänien) - interpretierten den Machtantritt des Faschismus in Deutschland als aus „spezifischen“ deutschen Bedingungen hervorgehend. Andere übten teilweise heftig Kritik an einzelnen Seiten der Politik der SPD-Führung, vor allem an der Tolerierungspolitik, der Politik des „kleineren Übels“, an der Passivität und am fehlenden Willen, im entscheidenden Augenblick dem Faschismus aktiv Widerstand zu leisten. Der Italiener Pietro Nenni faßte dies in die Worte: „Die deutsche Sozialdemokratie scheint das Opfer eines wahren Fetischismus der Legalität gewesen zu sein.“⁵³ Im Unterschied zu Wels beurteilte Siegfried Aufhäuser die Politik der SPD kritisch und zog die Schlußfolgerung, daß die „Grenzen und Möglichkeiten der parlamentarischen Demokratie für die Arbeiterbewegung“ aufgezeigt werden müßten, da die Bourgeoisie in Deutschland von der Demokratie abgerückt sei, als sie befürchtete, daß die „Arbeiterklasse die parlamentarische Mehrheit gewinnen könne“.⁵⁴

Wels hatte die Politik der SPD auch damit gerechtfertigt, daß die Kampfkraft der Arbeiter durch ihre Spaltung geschwächt war, die SPD daher „den Bestand der Republik gegen ihre kommunistischen und faschistischen Feinde“ verteidigt habe und „durch den Zwang der Verhältnisse“ nur Objekt der Entwicklung gewesen wäre.⁵⁵ Er wurde u.a. von Winter unterstützt, der ausführte, die deutschen Sozialdemokraten wären zu vielen „Handlungen nicht gezwungen gewesen, wenn sie den Feind nur rechts, nicht aber auch links gehabt“ hätten, die kommunistische Partei wäre „eine der Hauptgründe, welche zu diesem Zusammenbruch der Sozialdemokratie geführt“ habe. Der Georgier Constantin Gvaradjaladze behauptete gar, „die kommunistische Taktik ist für den Erfolg des Faschismus verantwortlich“.⁵⁶

Andere sozialdemokratische Führer richteten, unterschiedlich gewichtet, ihre Kritik sowohl gegen SPD wie auch KPD.⁵⁷ Friedrich Adler meinte z.B.: „Das grundlegende Übel, unter dem die deutsche Arbeiterbewegung gelitten hat, war, daß sie zermalmte wurde zwischen diesen beiden allein seligmachenden Lehren von Moskau einerseits und von der Mehrheit der deutschen Sozialdemokratie andererseits.“⁵⁸ Auch die oppositionelle Minderheit kritisierte, daß in Deutschland „die Kräfte der Arbeiterschaft durch eine tragische Spaltung, die zum großen Teil das Ergebnis der kommunistischen Politik war“, gelähmt waren, stellte aber zugleich heraus: „Andererseits hat sich die reformistische Politik der Sozialdemokratischen Partei, die hoffte, durch die Zusammenarbeit der Klassen auf dauernde Weise die Lage der Arbeiterschaft verbessern und die Machtergreifung vorbereiten zu können, als eine Quelle der Schwäche für das Proletariat in seinem Kampf gegen den Faschismus

52 Siehe dazu und dem folgenden Protokoll, S.78, 91f., 98, 117f., 138f., 141f., 146f.

53 Ebenda, S.31f.

54 Ebenda, S.122.

55 Ebenda, S.75

56 Ebenda, S.93, 143

57 Siehe ebenda, S.33, 63, 78.

58 Ebenda, S.13.

erwiesen. Die Ereignisse in Deutschland besiegeln zugleich den Bankrott der Politik der kommunistischen Spaltung und der Politik des sozialistischen Reformismus.“⁵⁹

Eng verbunden mit der Bewertung der Ursachen für die Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung war die Einschätzung des Faschismus. In der Hauptresolution hieß es dazu: „In Deutschland haben Großkapital und Großgrundbesitz die Verzweiflung der verelendeten Massen des Kleinbürgertums und der Bauernschaft benutzt, um die Arbeiterklasse niederzuwerfen und das ganze deutsche Volk einem terroristischen Despotismus zu unterwerfen.“⁶⁰ Als wesentliche Kennzeichen des Faschismus wurden auf der Konferenz totale Unterdrückung durch den staatlichen Machtapparat, Terror, Gewalt, Nationalismus und Chauvinismus sowie Demagogie hervorgehoben. Vorherrschend blieb die Auffassung, die u.a. Rafael Abramowitsch, der Bulgare Janko Sakasoff, der Pole Mieczyslaw Niedzialkowski vertraten, wonach der Faschismus sich auf das Kleinbürgertum stütze und eine über den Klassen fungierende, relativ unabhängige Staatsmacht repräsentiere.⁶¹

Paul Henri Spaak von der Opposition bezeichnete den Faschismus als Mittel der Herrschaft der Bourgeoisie, die überall in der gleichen Weise entschlossen sei, ihre Klassenherrschaft, ihre Privilegien, ihre sozialen und politischen Positionen mit allen Mitteln, wozu auch der Faschismus gehöre, zu verteidigen.⁶² Im Unterschied zur Konferenzmehrheit betrachtete die Opposition den Faschismus nicht so sehr als Ausdruck kleinbürgerlicher Bestrebungen und Interessen, sondern versuchte vielmehr, ihn aus der ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus und als Herrschaftsform des Großkapitals zu erklären und zu werten.⁶³

Insgesamt waren auf der Konferenz die Einschätzung des Faschismus und die Gegnerschaft zu ihm oft dadurch überlagert, daß Redner wie Hugh Dalton, Constantin Gvardjaladze und andere den Faschismus und den Kommunismus als undemokratische und terroristische Gewaltherrschaften gleichstellten. So behauptete der Ukrainer Panas Fedenko, daß „der Bolschewismus den Faschisten das Beispiel einer Minderheitsherrschaft über eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung gab. Die terroristischen Methoden, die Praxis der Verwaltung, die Methoden der Organisation und der Propaganda hat der Faschismus vom Bolschewismus übernommen[...] Zwei gefährliche Gegner hat der demokratische Sozialismus, einen rechts und einen links.“⁶⁴

Die sozialdemokratischen Führer waren sich durchweg bewußt, daß von faschistischen Regimes, namentlich von Deutschland, die Gefahr eines neuen Krieges

59 *Projet de résolution sur la question de la lutte pour le pouvoir*, S.1f., zitiert nach dem deutschen Text Antrag Alter (Polen) und Genossen zur Frage des Kampfes um die Macht, Zirkularschreiben C 98/33, in: SAPMO-BArch, RY 4/I 6/2/15, Bl. 34.

60 Die Strategie und Taktik der internationalen Arbeiterbewegung in der Zeit der faschistischen Reaktion, in: Bulletin der SAI, Serie 3, Nr. 5, Oktober 1933, S.101f. Im Protokoll wurde nur die französische Fassung des Textes wiedergegeben.

61 Siehe Protokoll, S.79f., 96f., 174f.

62 Siehe ebenda, S.177.

63 Siehe *Projet de résolution sur la question de la lutte pour le pouvoir*, S.II.; siehe auch Protokoll, S.65-67, 177f.

64 Protokoll, S.167; siehe auch S.56, 73, 141-143, 151-153.

ausging.⁶⁵ Die angenommenen Resolutionen⁶⁶ enthielten allerdings keine konkreten Festlegungen für Massenaktionen gegen diese Gefahr. Die SAI hoffte weiterhin, den Frieden durch Appelle an die Regierungen der demokratischen Staaten, die Unterstützung des Völkerbunds und Abrüstungsmaßnahmen sichern zu können. Für den Kriegsfall wurde den Parteien nur die Auflage erteilt, die Unabhängigkeit und Selbständigkeit ihrer Aktionen zu bewahren und Beziehungen zur Internationale aufrechtzuerhalten. Die in diesem Fall „als letztes Mittel der Arbeiterklasse“ wieder aufgegriffene scheinradikale Losung des Generalstreiks blieb verbale Proklamation, er sollte zudem erst angewandt werden, „wenn alle Mittel politischer und parlamentarischer Einflußnahme“ versagt hätten. Auch wurde er von der Bestimmung des Angreifers durch ein internationales Schiedsgericht des Völkerbunds abhängig gemacht.

Gegen diese einseitige Ausrichtung trat die Opposition auf. Ihre Vertreter waren der Auffassung, daß die Arbeiterklasse alle zur Verfügung stehenden Mittel anwenden muß, um einen Krieg zu verhindern.⁶⁷ Sie forderten eine selbständige Politik der Arbeiterklasse zur Bewahrung des Friedens. Grenzen der Position der oppositionellen Minderheit lagen darin, daß sie sich nicht vollständig von pazifistischen Tendenzen löste, bei der Einschätzung der Kriegsgefahr nicht klar die faschistischen Mächte als Kriegsherd von den übrigen kapitalistischen Staaten abhob und die unterschiedlichen Ziele der Arbeiterklasse in den einzelnen Ländern nicht genügend beachtete.

Entscheidend für die SAI war, welche Konsequenzen die Konferenz aus der Entwicklung in Deutschland für den Kampf gegen den Faschismus zog. Ein Großteil der Führer der SAI hielt es unter den veränderten Bedingungen nun nicht mehr für zweckmäßig, sich in der Abwehr des Faschismus ausschließlich auf parlamentarische Methoden zu beschränken. Hingegen erblickten sozialdemokratische Führungskräfte aus Nordeuropa und Großbritannien, Dalton, Vougt, und Andersen, für ihre Heimatländer in der Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien und in parlamentarischen Formen weiterhin das entscheidende Mittel, um die bürgerliche Demokratie zu erhalten und den Faschismus von der Macht fernzuhalten. Sie traten dagegen auf, nach neuen Wegen und Kampfformen zu suchen.⁶⁸ Ein Teil der Konferenzteilnehmer erklärte hingegen, der antifaschistische Kampf sei mit allen, auch mit revolutionären Mitteln und mit revolutionären Zielen, zu führen.⁶⁹ Nenni und andere Redner der oppositionellen Minderheit betonten, daß es unter den gegebenen Bedingungen nicht möglich sei, den Kampf gegen den Faschismus nur

65 Z. B. sprachen englische und amerikanischer Delegierte davon, daß die Konferenz im Schatten zweier Ereignisse stehe, der deutschen Niederlage und der Kriegsgefahr. Siehe Protokoll, S.55, 98.

66 Siehe Die Strategie und Taktik, S.104f.; Resolution der Gemeinsamen Abrüstungskommission der SAI und des IGB, in: Bulletin, S.105-107.

67 Siehe *Projet de résolution sur la guerre*; deutscher Text siehe Resolution Alter (Polen) und Genossen, Zirkularschreiben C 104/33, Bl. 39f., in: KC PZPR, CA, 150/IV/18; SAPMO-Barch RY 4/I 6/2/15; Protokoll, S.35f., 130-132.

68 Siehe Protokoll, S.55-61, 117-120, 135-140.

69 Siehe ebenda, S.12, 39, 179-181.

nach parlamentarischen Spielregeln, in „demokratischen“ Formen zu führen.⁷⁰ Die Opposition zog aus der Instabilität der parlamentarischen Demokratie und der Offensive des Faschismus die Schlußfolgerung, es könne nicht die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, die kapitalistische Welt zu reformieren, sondern vielmehr, die bürgerliche Gesellschaft zu stürzen und durch die revolutionäre Diktatur eine sozialistische Gesellschaftsordnung zu schaffen.⁷¹

Die Konferenzmehrheit einigte sich auf eine Kompromißformel, die u.a. Adler, Bauer und Blum unterstützt hatten, zunächst aber - vor allem in der Resolutionskommission - auf den Widerstand der britischen und nordeuropäischen Parteien gestoßen war.⁷² In der Resolution wurden entsprechend vorhandener unterschiedlicher Bedingungen und Ziele des antifaschistischen Kampfes eine Korrektur der bisherigen Strategie vorgenommen und drei Gruppen von Ländern unterschieden: 1) „In den Ländern, in denen der Faschismus gesiegt hat“, könne die „faschistische Diktatur nur durch die revolutionäre Erhebung der Volksmassen gestürzt werden“. 2) In „den Ländern, in denen die Demokratie fortbesteht“, sollte diese „mit ganzer Kraft“ verteidigt werden. 3) „In den Ländern, in denen der Faschismus die Demokratie unmittelbar bedroht, muß die Arbeiterklasse zum Kampfe mit allen Mitteln entschlossen sein“.⁷³ Auf wirtschaftlichem Gebiet hoffte man, die Ursachen des Faschismus zu beseitigen, indem die Wirtschaftskrise abgeschwächt würde, dann könnten weitere Staaten vor dem Faschismus geschützt werden und die faschistischen Herde in Europa schrittweise isoliert und reduziert werden.⁷⁴

Entscheidende Bedeutung für die künftige Entwicklung der Zusammenarbeit aller antifaschistischen Kräfte kam dem Verhältnis zwischen sozialdemokratischer und kommunistischer Bewegung zu. Ein Großteil der Redner nahm dazu Stellung. Die in der SAI bestehenden Meinungsverschiedenheiten traten deutlich zutage. Während die Opposition und auch einzelne Vertreter aus der Konferenzmehrheit sich - unter Vorbehalten - für die Aktionseinheit und Kontakte mit der KI und den kommunistischen Parteien aussprachen, lehnten andere Delegierte sie vehement ab.

13 Delegierte der Opposition bekundeten in ihrem Resolutionsentwurf „Zur Frage der Einigkeit der Arbeiterklasse“, daß „trotz der gegenwärtig zwischen der SAI und der Kommunistischen Internationale bestehenden Divergenzen“ gemeinsame Aktionen aller proletarischer Organisationen im „Kampf gegen den Faschismus, gegen den Krieg, für die Verteidigung des sozialistischen Proletariats und der

70 Siehe ebenda, S.25-37, 128-133, 198-201.

71 Siehe dazu ebenda, S.25-37, 128-133, 198-201; siehe auch die drei Resolutionsentwürfe „Alter (Polen) und Genossen“. Die revolutionäre Diktatur sollte einer wirklichen Demokratie den Weg bereiten und war deutlich vom kommunistischen Verständnis und von der Praxis der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion, die als „Diktatur über das Proletariat“ bewertet wurde, abgehoben (Siehe Protokoll, S.321-323.)

72 Siehe Nach der deutschen Katastrophe, S.20f.

73 Die Strategie und Taktik, S.102f.

74 Siehe Protokoll, S.106f.

Sowjetunion" notwendig und möglich wären.⁷⁵ Sie forderten von der Konferenz, die Exekutive zu Verhandlungen mit der KI zu beauftragen, um „a) eine gemeinsame Konferenz einzuberufen zur Prüfung der Möglichkeiten und der Modalitäten einer von der Gesamtheit des Proletariats durchzuführenden Aktion; b) gegebenenfalls einen internationalen Kongreß aller antifaschistischen und antikapitalistischen Organisationen einzuberufen“.⁷⁶ Der amerikanische Delegierte Maynard C. Krueger verlangte ausdrücklich, die SAI müsse der KI konkrete Verhandlungen „nicht bloß in Form eines Manifestes an die Presse“ anbieten, sondern sich direkt an sie wenden. Auch müßten KI und SAI gegenseitig anerkennen, „daß weder die Sozialdemokratie noch der Kommunismus der Hauptfeind der Arbeiterklasse sind, sondern der Kapitalismus selbst“.⁷⁷ Für eine Verständigung und Zusammenarbeit mit den Kommunisten traten weitere Redner der Opposition, darunter Nenni, Pivert und Spaak ein.

Für die Aktionsgemeinschaft mit der KI sprachen sich auch Otto Bauer, Léon Blum, Marc Jarblum (Palästina), Jacob Panken (USA) und andere Redner aus. Sie bezogen im wesentlichen eine Position, die den Beschlüssen der SAI von Februar und März entsprach und eine antifaschistische Aktionsgemeinschaft von Kommunisten und Sozialdemokraten von Verhandlungen und einem Nichtangriffspakt zwischen KI und SAI abhängig machte. Blum wandte sich gegen Verhandlungen von Parteien auf Landesebene, trat aber für Verhandlungen und die Aktionseinheit zwischen SAI und KI ein. Er begründete seine Position damit: Wenn „es möglich wäre, die heute zersplitterten Kräfte des Proletariats zusammenzufügen, so wäre das nicht eine einfache Addition, eine Summierung ihrer Zahl, sondern eine Multiplikation, eine Vervielfachung ihrer Kräfte“.⁷⁸

Vornehmlich die Delegierten der sozialdemokratischen Parteien aus Dänemark, den Niederlanden, Schweden, der Tschechoslowakei und der Labour Party Großbritanniens, sekundiert auch von der Mehrheit der SPD-Delegation, widersetzten sich jedem Schritt in Richtung eines gemeinsamen Vorgehens mit den Kommunisten und wandten sich auf der Konferenz und vor allem in der Resolutionskommission heftig gegen Verhandlungen mit der KI. Eine Einheitsfront mit den Kommunisten würde die Kampfkraft der Arbeiterklasse nicht stärken, sondern vielmehr die mit der Sozialdemokratie sympathisierenden Schichten abstoßen. Nach ihrer Meinung bestand in ihren Ländern keine Notwendigkeit zur Aktionsgemeinschaft mit den Kommunisten, da durch die Stärke der sozialdemokratischen Parteien die Einheit der Arbeiterbewegung im Falle des faschistischen Angriffs gesichert wäre. Wie der Franzose Salomon Grumbach

75 *Projet de résolution sur l'unité ouvrière*, S.V, zitiert nach dem deutschen Text des Antrags Alter („Bund“ Polen) und Genossen. Resolutionsentwurf zur Frage der Einigkeit der Arbeiterklasse, Zirkularschreiben, C 97/33, in: SAPMO-BArch, RY 4/I 6/2/15, Bl. 30. Der Entwurf war unterzeichnet von Wiktor Alter, Henryk Erlich („Bund“, Polen), Nigol Andreesen (Estland), Eugenio Bianco, Alessandro Bocconi, Pietro Nenni, (Italien), David Felix, Maynard Krueger, Edward Levinson, Clarence Senior (USA), Marceau Pivert, Jean Zyromski (Frankreich) und Paul Henri Spaak (Belgien).

76 Ebenda.

77 Ebenda, S.100.

78 Ebenda, S.116.

verstanden sie unter Einheit der Arbeiterklasse in der Regel die organisatorische Einheit durch den Eintritt der Kommunisten in die Parteien der SAI unter sozialdemokratischer Führung.⁷⁹ Auch der Vorsitzende der SPD Otto Wels lehnte die Aktionsgemeinschaft mit den Kommunisten vehement ab.

Letztlich war es nur eine Minderheit sozialdemokratischer Führer, die auf der Konferenz für die Aktionsgemeinschaft mit den Kommunisten stimmten. Die Mehrheit der Konferenzteilnehmer lehnte alle Vorschläge zu einer Verständigung mit der KI, um gemeinsam der Offensive des Faschismus und der Kriegsgefahr entgegenzutreten, ab.⁸⁰ Mit 291 Stimmen wurde der Resolutionsentwurf⁸¹ „Die Strategie und Taktik der internationalen Arbeiterbewegung in der Zeit der faschistischen Reaktion“ einer Kommission bei 5 Stimmenthaltungen und bei Fehlen einiger Delegationen während der Abstimmung angenommen.⁸² Die ihm gegenübergestellten drei Resolutionsentwürfe der Opposition erhielten nur 18 Stimmen.⁸³ In der Resolution erklärte die SAI: „Angesichts der Erfahrungen in der Geschichte ist die Fortdauer der Spaltung der Arbeiterklasse nicht zu rechtfertigen“, lehnte aber die Aktionseinheit zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Parteien als Einheitsfrontmanöver ab, da sie „nicht der internationalen Einigung, sondern nur dem Kampfe innerhalb der Arbeiterklasse dienen“.⁸⁴ Zyromski hatte zuvor die Resolution namens der Opposition zurückgewiesen, da sie die Aktionseinheit ablehnte und sich „viel zu sehr im Fahrwasser des Reformismus“ bewegte.⁸⁵

Das Abstimmungsergebnis verschleierte die Gegensätze in der SAI, wozu nicht nur die Inkonsequenz mancher Befürworter der Aktionseinheit, sondern auch der Abstimmungsmodus beitrug.⁸⁶ Zugunsten einer Einigung auf eine gemeinsame Plattform waren zur Aktionseinheit bereite Sozialdemokraten vor den Führern zurückgewichen, die diese kategorisch ablehnten. Allerdings war es der SAI

79 Siehe ebenda, S.168.

80 Siehe ebenda S.93, 143, 154f., 162, SAPMO-BArch, RY 4/I 6/2/15.

81 Er war von Otto Bauer, Léon Blum, Camille Huysmans und Allan Vougt ausgearbeitet und von Bauer vor dem Plenum begründet worden.

82 Siehe Protokoll, S.206.

83 Von der Konferenz wurde des weiteren eine „Resolution der gemeinsamen Abrüstungskommission der SAI und des IGB“ mit 273 Stimmen bei 19 Gegenstimmen und 22 Enthaltungen und eine Entschließung „Gegen die antisemitische Demagogie“ nach Delegiertenmandaten einstimmig verabschiedet. Siehe Protokoll, S.206.

84 Die Strategie und Taktik, S.103.

85 Protokoll, S.200.

86 Es wurde nicht nach Delegierten, sondern nach Kongreßstimmen abgestimmt. Laut Statut der SAI bestand auf Kongressen, Konferenzen und Tagungen der leitenden Organe die Möglichkeit, entweder nach Delegierten- oder nach Kongreßstimmen abzustimmen. Im ersten Fall hatte jeder Delegierte eine Stimme, im zweiten stand jedem Land eine bestimmte Anzahl von Stimmen zur Verfügung. Die Kongreßstimmen waren nach einem Schlüssel, entsprechend Mitgliederzahl, Wählerstimmen und Stärke der sozialdemokratisch geführten Gewerkschaften, festgelegt. Auf der Pariser Konferenz hatten z. B. die SPD und die britische Labour Party mit fünf bzw. acht Delegierten jeweils 40 Stimmen, die Polnische Sozialistische Partei mit drei Delegierten zehn Stimmen, der polnische „Bund“ mit zwei Delegierten drei Stimmen. Spaak, der für die Einheitsfront eingetreten war und zum Schluß der Debatte als Generalredner der oppositionellen Minderheit sprach, hatte kein Stimmrecht (siehe Erlich, *The Struggle*, S.32.)

unmöglich geworden, die Frage der Aktionseinheit völlig zu negieren. Deshalb erklärte die Resolution, die SAI sei „festen Willens, alles, was in ihrer Macht ist, zu tun, um die zersplitterten Kräfte der Arbeitermassen zusammenzuführen“.⁸⁷ Diese Formulierung wurde unterschiedlich interpretiert. Vertreter der nordischen Parteien werteten sie als Absage an Verhandlungen mit der KI, Bauer interpretierte sie dahingehend, daß sie diese Möglichkeit offen lasse. Letztlich bedeutete die Resolution eine Zurücknahme der im Februar erklärten Bereitschaft der SAI, mit der KI über eine antifaschistische Aktionsgemeinschaft zu verhandeln.

Bauer, ähnlich auch Vandervelde, konstatierte in seinen Schlußbemerkungen, daß die Debatten gezeigt hätten, „welche tiefen Meinungsverschiedenheiten über verschiedene Fragen zwischen den einzelnen Parteien und innerhalb der einzelnen Parteien bestehen“. Die Resolution könnte daher nur das feststellen, „was gemeinsame Meinung ist“, und würde daher „niemanden ganz befriedigen“.⁸⁸ Die SAI vermochte es nicht, ihren Anspruch, die Strategie und Taktik zu überprüfen, nicht in eine konsequente Neuorientierung umsetzen. Sie brach nicht mit den Fehlern ihrer Politik und nahm keine konsequente, sich auf den Zusammenschluß aller antifaschistische Kräfte richtende Umorientierung vor. Die ideologischen und politischen Gegensätze zur kommunistischen Bewegung erwiesen sich als zu tief, um sie zurückzustellen und auf das Gemeinsame im Kampf gegen Faschismus und Krieg, bei Sicherung der unmittelbaren Interessen der Arbeiterschaft zu orientieren.

3. Ausblick

Die Pariser Konferenz war die letzte Delegiertenberatung in der Geschichte der SAI. Bis zu ihrer Auflösung 1940 während des Weltkrieges fanden weder Kongresse noch Konferenzen statt. Nach der Konferenz verstärkten sich die zu Tage getretenen Differenzen innerhalb und zwischen den Parteien der SAI. Insbesondere die sozialdemokratischen Parteien, die wie in Spanien, Frankreich und Österreich mit dem Vormarsch der Reaktion am unmittelbarsten konfrontiert waren, suchten nach wirksamen Mitteln und Wegen, den Faschismus abzuwehren. Der Umdenkungsprozeß in Teilen der internationalen Sozialdemokratie reflektierte sich in unterschiedlichem Grad in allen sozialdemokratischen Parteien. Die Prager SPD-Führung, die SOPADE, sah sich veranlaßt, dem Streben vieler deutscher Sozialdemokraten nach einer Neuorientierung im antifaschistischen Kampf mit dem „Prager Manifest“ (1934) Rechnung zu tragen. Zugleich versuchten in den Wochen und Monaten nach der Konferenz sozialdemokratische Parteiführer vornehmlich in den Ländern, in denen „die Demokratie fortbestand“, Bestrebungen zur Aktionsgemeinschaft mit den Kommunisten gegen die faschistische Gefahr entschieden entgegenzutreten.

In der Sitzung des erweiterten Büros ignorierte die SAI im November 1933 die Frage der Beziehungen zu den Kommunisten völlig. Das Büro befaßte sich vor allem mit der Krise in der französischen Sozialistischen Partei und der internationalen Lage. Zur Kriegsgefahr und Abrüstung verabschiedete es nach einer von Gegensätzen

87 Die Strategie und Taktik, in: Bulletin, S.103.

88 Nach der deutschen Katastrophe, S.4.

geprägten Diskussion eine Resolution, in der Konzessionen an das faschistische Deutschland abgelehnt, Sanktionen des Völkerbundes zur Sicherung des Friedens verlangt und der Abschluß einer internationalen Abrüstungskonvention gefordert wurde.⁸⁹

Seit Ende 1933 propagierten einige sozialdemokratische Parteien verstärkt ein Konzept von Reformen, mit denen die Wirtschaftskrise überwunden, die faschistische Gefahr abgewehrt und die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische auf parlamentarischem Wege möglich werden sollte. Als Vorbild diente der von Hendrik de Man verfaßte und vom Parteitag der Belgischen Arbeiterpartei 1933 beschlossene „Plan der Arbeit“. Mit Verwirklichung dieser Pläne sollten die soziale Basis für die sozialdemokratische Politik erweitert und antifaschistische, nichtproletarische Kräfte mobilisiert werden. Aktions- bzw. Regierungsprogramme ähnlicher Art nahmen dann unter anderem die dänische, holländische, englische, schwedische und tschechoslowakische Partei und von ihnen geführte Gewerkschaften an.

Im November/Dezember 1933 tagte das XIII. Plenum des EKKI. Auch die Komintern vermochte es 1933 nicht, aus den deutschen Ereignissen und der internationalen Entwicklung die notwendigen Konsequenzen für ihre antifaschistische Politik zu ziehen. Die Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung in den Monaten seit dem 30. Januar 1933 hatte gezeigt, daß die Diskussion über ein antifaschistisches Bündnis der politischen Arbeiterorganisationen sowohl in der SAI als auch in der KI von letztlich fruchtlosen gegenseitigen Schuldzuweisungen überlagert wurde. Beide Organisationen waren nicht in der Lage, die tiefen Gräben zu überwinden, Defizite und Fehler ihrer Politik klar zu benennen und zu beseitigen und Schlußfolgerungen für einen effektiven Kampf ihrer Parteien in allen Ländern gegen Faschismus und Krieg zu ziehen. Die folgenden Jahre, insbesondere die Februarereignisse 1934 in Österreich und Frankreich, verdeutlichten, daß nur ein Zusammenwirken aller antifaschistischer Kräfte, aller Kräfte der Arbeiterbewegung, unter Zurückstellung vorhandener, auch tiefgreifender politischer Differenzen, eine Chance eröffnen konnte, dem Vormarsch der internationalen Reaktion und der sich verstärkenden Kriegsgefahr erfolgreich zu begegnen.

⁸⁹ Siehe Die Internationale zur politischen Weltlage, in: Internationale Information, Nr. 63, 25.11.1933, S.636.